

Bundesministerium für Digitales und Verkehr
An den Leiter der Abteilung Straßenverkehr

11030 Berlin

Bonn, 28. April 2022

Az: StV 10/3153.1/3

**Stellungnahme des bvse-Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung e.V.
zum Entwurf des Fünften Gesetz zur Änderung des Bundesfernstraßenmautgesetzes (Daten-
blattnummer 20/12010)**

Sehr geehrter Herr [REDACTED],

zunächst dürfen wir uns für die, wenn auch sehr kurzfristige, Möglichkeit zur Stellungnahme zu dem beabsichtigten Fünften Gesetz zur Änderung des Bundesfernstraßenmautgesetzes bedanken.

Die beabsichtigte Erhöhung der Mautgebühren über die unionsrechtlichen Vorgaben hinaus halten wir in der aktuellen Situation für eine verfehlte Maßnahme, die zu einer weiteren massiven Belastung der mittelständischen Unternehmen führt.

Diese leiden bereits in erheblichem Maße unter den stark gestiegenen Dieselpreisen. Gerade bei den Entsorgungsunternehmen stellen der Dieselpreis und die damit verbundenen gesteigerten Transportkosten einen wesentlichen Kostenbestandteil bei Entsorgungsdienstleistungen dar. Die gesteigerten Kosten können auf Grund der vertraglichen Bindung mit Festpreisvereinbarungen auch nicht kurzfristig angepasst werden.

Durch die beabsichtigte Erhöhung der Mautgebühren über die unionsrechtlichen Vorgaben hinaus soll nun ausweislich des Referentenentwurfes noch eine zusätzliche Belastung der Unternehmen von 665 Millionen pro Jahr hinzukommen. Dies führt die Unternehmen an den Rand ihrer finanziellen Belastbarkeit.

Ungeachtet dessen bestehen diesseits auch erhebliche Bedenken gegen die unionsrechtliche Zulässigkeit der beabsichtigten Erhöhung.

Die EU-Kommission hat die Höchstbezugswerte im Interesse einer unionseinheitlichen Regelung und eines fairen europäischen Wettbewerbes festgelegt und eine darüber hinaus gehende Erhöhung bewusst an strenge Voraussetzungen geknüpft. Diesen wird das Wegekostengutachten nicht gerecht.

Mit freundlichen Grüßen

Eric Rehbock
- Hauptgeschäftsführer -

Der bvse – Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung e.V. vertritt die Interessen von rund 980 Entsorgungs- und Recyclingunternehmen, die in etwa 50.000 Arbeitnehmer beschäftigen und einen jährlichen Gesamtumsatz von € 10 Mrd. erwirtschaften. Im bvse sind alle Fachsparten der Recycling- und Entsorgungswirtschaft vertreten.